

25 Jahre Glienicker Gespräche – Rück- und Vorschau

25 Glienicker Gespräche – Rück- und Vorschau

Hans Paul Prümm

1 Ausgangspunkte

Die Glienicker Gespräche (GG) verstehen sich als ein Angebot der früheren Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin (FHVR Berlin) und der heutigen Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin; zur Fusion siehe Prümm 2009a) an Wissenschaftler/innen, Politiker/innen und Praktiker/innen, einmal im Jahr über zukünftige Probleme von Praxis, Lehre und Forschung hinsichtlich der Erfüllung öffentlicher Aufgaben sozusagen über den Tag und den Tellerrand hinaus zu sprechen, zu diskutieren und Vorschläge zu entwickeln.

Die GG haben ihren Namen von dem ersten Tagungsort, dem Jagdschloss Glienicke in Berlin-Zehlendorf. Dort fanden sie erstmals im Jahre 1987 und dann noch bis zum Jahre 1990 statt (persönliche Information von Detlef Bischoff). Von 1991 bis 1993 wurden sie an dem seinerzeitigen Standort der FHVR Berlin im Ku'damm-Karree in Berlin-Charlottenburg durchgeführt. Seit 1994 finden die GG in dem (neuen) Domizil der FHVR Berlin bzw. der heutigen vier Fachbereiche der HWR Berlin im Bildungs- und Verwaltungszentrum in Berlin-Lichtenberg statt (vgl. Heinrich 2008, S. 41).

Wie unschwer zu erkennen ist, haben die GG seit 1987 nicht jedes Jahr stattgefunden, sondern mussten dreimal ausgesetzt werden (ebd.), so dass wir das 25. GG nicht im Jahre 2011, sondern erst im Jahre 2014 zelebrieren. Trotz dieser dreimaligen Auszeit zeichnen sich die GG zunächst einmal durch ihre Nachhaltigkeit aus.

2 Die bisherigen Themen der GG

Diese Aufstellung soll einen Überblick über das breite Themenspektrum der bisherigen GG geben:

1. Ausländer und Verwaltung als Thema im Rahmen des Studiums an den Verwaltungsfachhochschulen, 1987
2. Verwaltungsfachhochschulen und „Dritte Welt“ – Beiträge der Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung zur Entwicklungspolitik und Verwaltungsförderung, 1988

3. Informationstechnik an Verwaltungsfachhochschulen in Lehre und Forschung, 1989
4. Verwaltungsausbildung im sich einigenden Deutschland, 1990
5. Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst in den neuen Bundesländern, 1991
6. Zukunftsaspekte der Verwaltungsausbildung, 1992
7. Internationalisierung in Ausbildung und anwendungsbezogener Forschung an Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst (vgl. Heinrich/Strohbusch 1994; Teubner 1998, formuliert: „der FHöD“), 1993
8. Auf dem Weg zu einem einheitlichen Fachhochschulsystem? 1995
9. Der Beitrag der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst zur Verwaltungsreform durch Ausbildung, anwendungsbezogene Forschung und Weiterbildung, 1996
10. Die Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, 1997
11. Marketing und Sponsoring an Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst, 1998
12. Modernisierung durch Ausbildung – Innovationsdruck und Innovationen in Studiengängen für den öffentlichen Sektor, 2000
13. Leistungsorientierung in der Verwaltungsausbildung, 2001
14. Der Beruf, die Praxis und das Studium – Entwicklungen, Wechselwirkungen, Modelle, 2002
15. Der Bologna-Prozess – Chancen und/oder Risiko für die Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst, 2004
16. Bachelorisierung und Masterangebote – Perspektiven der Umsetzung des Bologna-Prozesses, 2005
17. Ökonomisierung des Hochschulwesens, 2006
18. Hochschulen in vernetzter Verantwortung – Die Rolle der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst, 2007
19. Begeisterung für die Verwaltung – ein Widerspruch in sich?, 2008
20. Braucht die öffentliche Verwaltung eine eigene Ausbildung?, 2009
21. Privatisierung der akademischen Ausbildung für die öffentliche Verwaltung, 2010
22. Aus- und Weiterbildung in einer Hand – Spezifische Fachdidaktiken und Weiterbildungstools an den FHöD, 2011
23. Gute Lehre und Forschung trotz schwieriger Rahmenbedingungen. Neue Strategien und Instrumente, 2012
24. Verwaltungsethik. Selbstverständnis und Themenfelder in Forschung, Lehre und Praxis an den FHöD, 2013

3 Struktur der GG

3.1 Der Ablauf

Die oben angesprochene Nachhaltigkeit zeigt sich nicht nur in der Kontinuität der GG, sondern auch in ihrer eigentlich von der Gründung bis heute beibehaltenen Struktur:

Es gibt am ersten Tag, nach der Begrüßung durch den Rektor bzw. Präsidenten der Hochschule und einer Einführung durch die jeweiligen Tagungsleiter oder Tagungsleiterinnen, eine Keynote mit anschließender Diskussion. Der Tag endet mit einem *Come together*; diese abendliche Kommunikation zwischen den in der Regel um die 50 Teilnehmern und Teilnehmerinnen aus ganz Deutschland ist von unschätzbarem Wert.

Am zweiten Tag halten Expertinnen und Experten vormittags Referate mit Diskussionsmöglichkeiten für das Auditorium; am Nachmittag werden diese Referate in Workshops vertieft.

Am Vormittag des dritten Tages präsentieren die Workshops ihre Ergebnisse in Thesen, die im Plenum diskutiert und dann als Glienicker Thesen formuliert werden.

3.2 Die Keynotes

In jedem Jahr bemüht sich das Organisationsteam um einen prominenten und interessanten Keynote-Speaker bzw. eine Keynote-Speakerin. In der Regel ist diese Suche erfolgreich und die Liste der Eingeladenen zeigt das breite Spektrum der GG und ihre Wertschätzung. Aus dem politischen Umfeld sprachen Annette Fugmann-Heesing, die ehemalige Berliner Finanzsenatorin, der Fraktionsvorsitzende der Linken im Deutschen Bundestag Gregor Gysi oder der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann; wir hörten Theologen wie den Präsidenten der Katholischen Universität Eichstätt Andreas Lob-Hüdepohl, oder den christlichen Gesellschaftsethiker Friedhelm Hengsbach; Hochschulpolitiker wie Peter Gaethgens und Erhard Mielenhausen, oder last but not least referierten renommierte Hochschul- und Verwaltungswissenschaftler wie Klaus König oder Peer Pasternack.

Entsprechend der Professionsbreite der Keynote-Speaker richteten diese immer wieder andere Spots im Sinne des Popperschen Scheinwerfertheorems (vgl. Popper 1994, S. 175) auf die öffentliche Verwaltung und die sich mit dieser beschäftigenden Forschung und Lehre. Dies gab Impulse für neue Sichtweisen sowie theoretische und praktische Fragestellungen.

3.3 Die Veröffentlichungen

Seit dem Jahre 1988 werden die „Redebeiträge und Thesen des *** Glienicker Gesprächs“ veröffentlicht. Anfangs geschah dies noch etwas unsystematisch – so wurden etwa Beiträge und Thesen des GG 1992 in einem unter einer anderen Überschrift herausgegebenen Sammelband veröffentlicht (vgl. Bischoff/Reichard 1994); zweimal wurden die „Redebeiträge und Thesen des *** Glienicker Gesprächs“ als „Beiträge des FB 1“ herausgegeben (vgl. Reichard 1989; Heinrich/Strohbusch 1994). Da die GG grundsätzlich alle Verwaltungsbereiche erfassen wollten, auf die sich Lehre und Forschung der FHVR Berlin erstreckten – Allgemeine Verwaltung, Finanzverwaltung, Polizeivollzugsdienst und Rechtspflege (zu deren materiellen Verwaltungsfunktion siehe BVerfGE 101, 397 [404f.]) –, wurden die „Redebeiträge und Thesen des *** Glienicker Gesprächs“ seit 1995 als „Beiträge der Hochschule“ herausgegeben. Die Verantwortung für die GG und auch für deren Veröffentlichung lag dementsprechend beim Rektor der FHVR Berlin und liegt heute beim Präsidenten der HWR Berlin.

Während die Rektoren der FHVR Berlin diese Verantwortlichkeit grundsätzlich dadurch dokumentierten, dass sie als Herausgeber der einzelnen GG-Veröffentlichungen agierten, hat der Präsident der HWR Berlin diese Verantwortung auf Hochschullehrer/innen des FB 3 der Hochschule delegiert; dies erklärt, warum die „Redebeiträge und Thesen des *** Glienicker Gesprächs“ seit 2009 – allerdings strukturell inkonsequent – als „Beiträge des Fachbereichs 3“ erscheinen bzw. die GG dem Profil des FB 3 zugeordnet werden (HWR Berlin 2012).

3.4 Die Glienicker Thesen

Da die GG aus der Sicht ihres Spiritus Rector, Detlef Bischoff, immer auch eine hochschulpolitische Funktion hatten, ging es darum, deren Ergebnisse nicht nur in der verwaltungswissenschaftlichen Welt zu verbreiten, sondern auch Verwaltungs- und Hochschulpolitikern bzw. -politikerinnen nahe zu bringen. Dazu dienen die Glienicker Thesen, die die Forderungen der Teilnehmenden des jeweiligen GG möglichst konzise zusammenfassen, damit sie dann in der Regel auch schon vor dem jeweiligen Tagungsband veröffentlicht werden können (siehe die Glienicker Thesen von 1987–2008 in Prümm/Spinti 2008, S. 343ff.; die Glienicker Thesen der folgenden Jahre findet man unter HWR Berlin 2013).

4 Themenfelder der GG

4.1 Hochschulorganisation

Die Fachhochschulen wurden in den 1970er Jahren implementiert. Unabhängig von den Problemen zwischen den alteingesessenen Universitäten und den fach-

hochschulischen Newcomern, hatten die Verwaltungsfachhochschulen, Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst, Hochschulen für den öffentlichen Sektor oder Hochschulen für öffentliche Aufgaben (vgl. Nöth 1994) wegen ihrer ursprünglichen Ausgliederung aus dem Wissenschaftssystem (siehe dazu Bischoff/Teubner 2008, S. 20ff.) einen noch schwereren Stand als die allgemeinen Fachhochschulen; Peter Heinrich bezeichnete sie unter diesem Aspekt als „zweitklassig“ (vgl. Heinrich 2008, S. 39; noch weitergehend Prümm 2009b, S. 167f.).

Dementsprechend beschäftigten sich die GG vor allem in den ersten Jahren intensiv mit Fragen der Hochschulorganisation, angefangen bei der Professorierung der hauptamtlichen Lehrkräfte über die Anwesenheitspflicht der beamteten Studierenden und den Status der FHöD bis zu den unterschiedlichen staatlichen Aufsichtsformen über die jeweilige FHöD, die Managerialisierung des Hochschulbereichs und Kooperationen zwischen verschiedenen Hochschulen (vgl. Seyfried/Stamm 1994).

Da einige Bundesländer mittlerweile die akademische FH-Ausbildung für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben in den allgemeinen Hochschulbetrieb integriert haben (vgl. Wagner 2009), hat dieser Punkt in den letzten Jahren etwas an Brisanz verloren.

4.2 Verwaltungsreform

So wie die Verwaltungsreform ein Dauerthema der öffentlichen Verwaltung ist, war sie auch ein ständiges Thema der GG. Es ist insofern kein Zufall, dass im selben Jahr zwei Vertreter der FHVR Berlin, Detlef Bischoff (vgl. Bischoff 2000) und Thomas Weidmann (vgl. Weidmann 2000), schon in den Titeln ihrer Veröffentlichungen den Zusammenhang zwischen Ausbildung und Verwaltungsreform herstellten. Dabei darf Verwaltungsreform nicht nur i.S.d. § 1 Berliner Verwaltungsreform-Grundsätze-Gesetz als Reform unter den Aspekten Bürgerorientierung, Wirtschaftsbelange sowie Steuerung und Führung verstanden werden, sondern durchzieht in ihren unterschiedlichen Facetten – Aufgabenkritik, Dienstrechtsreform, Diversity-Management, Finanzreform, Funktionalreform, Gebietsreform, Gender Mainstreaming, Neue Steuerungsmodelle – jeden Bereich der öffentlichen Verwaltung (vgl. Prümm 1998; etwas enger von Mutius 2003). Dementsprechend waren auch alle diese Aspekte Gegenstand der GG.

4.3 Lehre und Forschung

Da Lehre und Forschung das eigentliche Kerngeschäft von Fachhochschulen sind, beschäftigten sich die meisten GG mit diesem Thema. Es ging hier u.a. um die Optimierung der Lehre durch neue Medien und Techniken, durch neue Lehr- und Lerninhalte von der Verwaltungsethik (vgl. Lück-Schneider/Kirstein 2013)

über die Verwaltungsinformatik hin zu englischsprachigen Veranstaltungen; es ging um die Konsequenzen aus der Bolognaisierung (vgl. Heinrich 2004; Heinrich/Kirstein 2005) von der Modularisierung der Studiengänge bis zu der Entwicklung von Masterstudiengängen wie Europäisches Verwaltungsmanagement (vgl. Seyfried/Stamm 1994) oder nicht auf die Beamtenlaufbahn fokussierte Studiengänge wie etwa Public Management (vgl. Brüggemeier/Zielinski 2000).

Weil Lehre ohne Forschung an einer Hochschule, die diesen Namen zu Recht tragen soll, nicht denkbar ist (vgl. Prümm 2009b, S. 160f.), haben sich die GG natürlich mit der auf die Erfüllung öffentlicher Aufgaben bezogenen Forschung beschäftigt; hervorgehoben sei das 23. GG, auf dem die Forschungsbedingungen untersucht und Optimierungsmethoden vorgestellt wurden (vgl. Lück-Schneider/Kirstein 2012).

4.4 Internationalisierung

In einem Land wie der Bundesrepublik, umgeben von neun Nachbarstaaten, integriert in die EU und in mannigfaltiger Weise inhärenter Teil der globalisierten Welt, kann sich die öffentliche Verwaltung nicht mehr ausschließlich auf nationale Randbedingungen kaprizieren. Sie muss sich, sei es aus rechtlichen, ökonomischen oder auch aus Verwaltungsreformgründen – erinnert sei an die Entwicklung des deutschen Neuen Steuerungsmodells aus dem anglo-amerikanischen New Public Management –, mit den Auswirkungen eben dieser Internationalisierung beschäftigen – und eben dies haben auch die GG getan (vgl. Reichard 1988; Heinrich/Strohbusch 1994).

5 Perspektiven der GG

In seinem Beitrag über die GG in der Festschrift zum 35-jährigen Bestehen der FHVR Berlin und zu ihrer Integration in die HWR Berlin meinte Peter Heinrich: „Welche Zukunft die Glienicker Gespräche haben werden, weiß ich nicht“ (vgl. Heinrich 2008, S. 45). Diesen Satz kann ich heute natürlich nur wiederholen. Allerdings entbindet uns dies nicht von dem Blick in die Zukunft. Deshalb hier in Anlehnung an den Blick von Gunnar Schwarting auf die Verwaltung 2025 (vgl. Schwarting 2013) einige Reflexionen über die nächsten zehn GG.

5.1 Internationalisierung

Obwohl die GG sich schon mehrmals mit der Internationalisierung beschäftigt haben (vor allem das zweite und siebte GG), fällt auf, dass bis zum heutigen Tage kein ausländischer Referent bzw. keine Referentin eingeladen worden ist.

Interessant ist auch, dass sich bisher kein GG ausdrücklich der Europäisierung gewidmet hat. Beiden Desiderata sollte man in den nächsten Jahren abhelfen.

Es stellt sich auch die Frage, ob die GG nicht auch Probleme in anderen Ländern zu ihrem Thema machen. Nicht nur, um etwa das „bemerkenswerte“ deutsche Ausbildungsmodell für den gehobenen nicht-technischen Dienst (vgl. König 2006, S. 527) als Angebot für indische Hochschulen, an denen es fast keine Verwaltungsausbildungen gibt (vgl. Blume 2013), zu thematisieren, sondern auch, weil der Blick über die lokalen, regionalen, nationalen und supranationalen Tellerränder die Reflexion der eigenen Verhältnisse fördert.

Oder – und dieses Beispiel führt schon zu dem nächsten Punkt – zurzeit kooperieren mindestens drei verwaltungsbezogene Fachhochschul-Einrichtungen (FHöV Nordrhein-Westfalen, Fachhochschule Osnabrück, HWR Berlin) mit chinesischen Hochschulen auf verwaltungsbezogenen Feldern; hier könnten die GG einer Vernetzung dienen.

5.2 Vernetzung

Die Vernetzung war schon ein Thema der GG (vgl. Prümm/Kirstein 2007). Allerdings blieb etwa der Ansatz, die verschiedenen MPA-Studiengänge (Master Public Administration) oder MPM-Studiengänge (Master Public Management) an den FHöD bzw. den entsprechenden Einrichtungen miteinander zu vernetzen (vgl. Merker 2011) folgenlos. Jedoch sollten die GG nicht nur die Vernetzung der verwaltungsfokussierten Fachhochschulen aktivieren, sondern sich auch mit anderen – auch verwaltungsrelevanten – Einrichtungen und Organisationen vernetzen, wie etwa der Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst (vgl. RKHöD 2013), der Fachgruppe Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik (vgl. GI 2013) der Vereinigung deutscher Rechtslehrender (vgl. VDRL 2013) oder – um die Vernetzung auch im Titel zu verdeutlichen – dem Hochschulnetzwerk Bildung durch Verantwortung (vgl. Hochschulnetzwerk Bildung durch Verantwortung 2013).

5.3 Bildung, Ausbildung, Fortbildung, Weiterbildung

Im Jahre 2000 stellten Detlef Bischoff (vgl. Bischoff 2000) und Thomas Weidmann (vgl. Weidmann 2000) im Titel ihrer Veröffentlichungen den Zusammenhang zwischen Ausbildung und Verwaltungsreform her. Genau betrachtet, ist dies zu kurz gegriffen: Verwaltung als lernende und sich reformierende Organisation wird nicht nur durch die Ausbildung, sondern nur durch alle Formen der Bildung reformiert – und optimiert.

Im Jahre 1969 versuchte der Bildungsforscher Hellmut Becker einen Bildungsblick in das neue Jahrtausend:

„Wir müssten also jetzt wissen, wie die Umwelt des Menschen, sein Beruf, seine Lebensweise im Jahre 2004 aussehen, wenn wir im Jahre 1970 eine angemessene Schule entwickeln wollen. Natürlich können wir das nicht wissen. Deshalb sind wir gezwungen, unsere Lernziele weniger detailliert zu fixieren, das Bildungswesen offener zu gestalten und die Fähigkeit, Neues zu lernen, zum wichtigsten Lernziel zu machen.“ (Hellmut Becker 1969, zitiert von Wiarda 2012)

Weil diese Aussage auch für unseren Bereich gilt, sollten sich die GG aller Bildungsformen annehmen. Dabei zeigt sich mehr und mehr, dass auch die Bildung im weiteren Sinne keineswegs zu kurz kommen darf; das Verwaltungsethik-GG im Jahr 2013 (vgl. Lück-Schneider/Kirstein 2013) war insofern ein Schritt in die richtige Richtung. Die verschiedenen Bildungsangebote an unsere Studierenden können nicht nur Sachkompetenzen vermitteln, sondern müssen vor allem eine positive Haltung und das Gefühl der Begeisterung für und bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben entwickeln und stärken, ohne die eine gute Verwaltung nicht funktionieren kann.

Quellen

- Bischoff, D. (Hg.) (2000): Modernisierung durch Ausbildung. Innovation in Studiengängen für den öffentlichen Sektor. Berlin
- Bischoff, D./Reichard, Ch. (Hg.) (1994): Vom Beamten zum Manager? Herausforderungen und Perspektiven der Verwaltungsbildung. Berlin
- Bischoff, D./Teubner, W. (2008): Entstehung und Entwicklung der FHVR. In: Prümm/Spinti 2008, S. 17
- Blume, G. (2013): Was zählt ein Mensch? Tausende Tote bei einer Flut, die vorhersehbar war – und das ist kein Einzelfall: Dem indischen Staat, der angeblich demokratischen Großmacht, sind seine Bürger egal. In: Die Zeit vom 11.7.2013
- Bogumil, J./Jann, W./Nullmeier, F. (Hg.) (2006): Politik und Verwaltung. PVS, Sonderheft 37. Wiesbaden
- Bönders, T. (Hg.) (2009): Kompetenz und Verantwortung in der Bundesverwaltung. 30 Jahre Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung. München
- Brüggemeier, M./Zielinski, H. (2000): Öffentliches Dienstleistungs-Management (Public Management) – Der Berliner Studiengang. In: Bischoff 2000, S. 35–58
- Eichhorn, P. (Hg.) (2003): Verwaltungslexikon (3. Aufl.). Baden-Baden
- GI (2013): Gesellschaft für Informatik. Fachgruppe Verwaltungsinformatik (Internet: <http://fb-rvi.gi.de>; zuletzt aufgesucht am 10.7.2013)
- Heinrich, P. (Hg.) (2004): Der Bologna-Prozess – Chancen und/oder Risiko für die Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst. Redebeiträge und Thesen des 15. Glienicker Gesprächs. Berlin

- Heinrich, P. (2008): Die Glienicker Gespräche als Beitrag zur Reform der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst. In: Prümm/Spinti 2008, S. 39–47
- Heinrich, P./Kirstein D. (Hg.) (2005): Bachelorisierung und Masterangebote – Perspektiven für die Umsetzung des Bologna-Prozesses. Redebeiträge und Thesen des 16. Glienicker Gesprächs. Berlin
- Heinrich, P./Strohbusch, A. (Hg.) (1994): Internationalisierung in Ausbildung und anwendungsbezogener Forschung an Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst. Berlin
- Hochschulnetzwerk Bildung durch Verantwortung (2013): Home (Internet: www.netzwerk-bdv.de/content/home/index.html; zuletzt aufgesucht am 10.7.2013)
- HWR Berlin (2012): Glienicker Gespräche (Internet: www.hwr-berlin.de/fachbereich-allgemeinerverwaltung/profil/glienicker-gespraech; zuletzt aufgesucht am 10.7.2013)
- HWR Berlin (2013): Veröffentlichungen. Beiträge aus dem Fachbereich 3 (Internet: www.hwr-berlin.de/fachbereich-allgemeine-verwaltung/profil/veroeffentlichungen; zuletzt aufgesucht am 10.7.2013)
- König, K. (2006): Zur Professionalisierung eines Graduiertenstudiums im Kontext von Politik und Verwaltung. In: Bogumil et al. 2006, S. 527–538
- Lück-Schneider, D./Kirstein, D. (Hg.) (2012): Gute Lehre und Forschung trotz schwieriger Rahmenbedingungen. Neue Strategien und Instrumente. Redebeiträge und Thesen des 23. Glienicker Gesprächs. Berlin
- Lück-Schneider, D./Kirstein, D. (Hg.) (2013): Verwaltungsethik – Selbstverständnis und Themenfelder in Forschung, Lehre und Praxis an den FHöD. Berlin
- Merker, R. (2011): Zur Kooperation im Rahmen von Masterprogrammen an Fachhochschulen mit einer Ausrichtung auf die öffentliche Verwaltung. In: Prümm/Kirstein 2011, S. 75–99
- Mutius, A. von (2003): Verwaltungsreform. In: Eichhorn 2003, S. 1152–1154
- Nöth, W. (1994): Von der Fachhochschule für den öffentlichen Dienst zur Fachhochschule für öffentliche Aufgaben. In: Bischoff/Reichard 1994, S. 127
- Popper, K. R. (1994): Alles Leben ist Problemlösen. Über Erkenntnis, Geschichte und Politik. München, Zürich
- Prümm, H. P. (1998): Reformen an einer Hochschule – Verwaltungsreform im weitesten Sinne. In: apf-Berlin 1998, S. 25–28
- Prümm, H. P. (2009a): Premiere in Deutschland: Die akademische Ausbildung des gehobenen Polizeivollzugsdienstes des Landes Berlin in einer allgemeinen Hochschule. In: Die Polizei, S. 195–200
- Prümm, H. P. (2009b): Braucht die Öffentliche Verwaltung eine eigene akademische Grundausbildung? In: Bönders 2009, S. 159–174
- Prümm, H. P./Kirstein D. (Hg.) (2007): Hochschulen in vernetzter Verantwortung – Die Rolle der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst. Redebeiträge und Thesen des 18. Glienicker Gesprächs. Berlin
- Prümm, H. P./Kirstein, D. (Hg.) (2011): Aus- und Weiterbildung aus einer Hand – Spezifische Fachdidaktiken und Weiterbildungstools an den FHöD. Redebeiträge und Thesen des 22. Glienicker Gesprächs. Berlin
- Prümm, H. P./Spinti, H. (Hg.) (2008): Verwaltung und Recht – Entwicklung und Perspektiven. Eine Festschrift zum 35-jährigen Bestehen der FHVR Berlin und zu ihrer Integration in die HWR Berlin. Berlin

- Reichard, Ch. (1989): Verwaltungsfachhochschulen und ‚Dritte Welt‘: Beiträge der Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung zu Entwicklungspolitik und Verwaltungsförderung. Berlin
- Rektor der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin (Hg.) (1998): 25 Jahre FHVR Berlin. Rückblick, Einblick, Ausblick. Berlin
- RKHöD (2013): Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst (Internet: <http://rk.poleon.de>; zuletzt aufgesucht am 10.7.2013)
- Schwarting, G. (2013): Verwaltung 2025 – Versuch einer Reflexion. In: Trappe 2013, S. 141–176
- Seyfried, E./Stamm, S. (1994): Fernstudium Europäisches Verwaltungsmanagement von TFH Wildau und FHVR Berlin. In: Bischoff 2000, S. 179–190
- Teubner, W. (1998): Anregungen zur Weiterentwicklung. Die Glienicker Gespräche. In: Rektor der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin 1998, S. 29
- Trappe, T. (Hg.) (2013): Ausgewählte Probleme der Verwaltungsethik (I). Frankfurt/M.
- VDRL –Vereinigung Deutscher Rechtslehrender (2013): Optimierung der Rechtslehre durch zivilgesellschaftliche Organisation (Internet: <http://vdrl.eu>; zuletzt aufgesucht am 10.7.2013)
- Wagner, K. (2009): Entwicklungen und Perspektiven – Wohin führt der Weg der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst? In: Bönders 2009, S. 191–196
- Weidmann, T. (2000): Ausbildungsreform als Teil der Verwaltungsreform. Eine empirische Studie über die Ausbildung für den gehobenen Dienst an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin. Berlin
- Wiarda, J.-W. (2012): Der Strippenzieher. Er prägte das Bildungssystem wie kein Zweiter – diese Woche wäre Hellmut Becker 100 Jahre alt geworden. In: Die Zeit vom 16.5.2012